Nr. 256. XXXIII. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 21. Mai 1904.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Lehrerverein und Schulpolitik.

Angesichts des bedauerlichen Kompromisses im Abgeordnetenhause, bei dem zwei Parteien, die Nationalliberalen und Freikonservativen, die bisher, die eine mehr, die andere weniger, die Unabhängigkeit und zeitgemäße Gestaltung der Volksschule vertraten, sich in nahezu unbegreiflicher Weise zu ihrer Vergangenheit in Widerspruch gesetzt haben, gewinnt die Frage, *was von der Lehrerschaft in schulpolitischer Beziehung zu erwarten ist*, ein besonderes Interesse; denn wenn die Lehrerschaft einer gesetzlichen Regelung mit aller Entschiedenheit widerspricht, so müssen die Parteien wohl oder übel darauf Rücksicht nehmen.

Dem *Deutschen Lehrerverein*, der weit über 100,000 Lehrer in sich vereinigt, wird von seinen Gegnern immer wieder der „Vorwurf" gemacht, daß er liberal und daß seine Spitze freisinnig sei. Im Sinne der Ankläger ist diese Behauptung zwar nicht richtig, die Lehrervereine sind im politischen Sinne weder freisinnig noch konservativ. Selbst die vom Centrum ins Leben gerufenen katholischen Lehrervereine, die freilich dem Deutschen Lehrerverein nicht angehören, lassen oft genug erkennen, daß das klerikale Parteiprogramm in Schulfragen ihnen nichts weniger als heilig ist. Eine Reihe dieser Vereine ist sogar so weit gegangen, ähnliche Beschlüsse zu fassen, wie sie im Deutschen Lehrerverein gegen die kirchliche Schulherrschaft gefaßt worden sind. Im Deutschen Lehrerverein herrscht ein freier Geist, die führenden Persönlichkeiten sind auch, wenn nicht ausnahmslos, so doch in überwiegender Mehrheit ausgesprochen politisch liberal. Das liegt in der Natur der Sache. Wer die Kinder des Volkes zu selbsttätigen, auf sich selbst gestellten Menschen erziehen, wer das Vermächtnis eines Fichte, Pestalozzi und Diesterweg zur Ausführung bringen soll, kann nicht politisch reaktionär gesinnt sein. Auch als Angehöriger rechts stehender Parteien muß er *den* Liberalismus vertreten, der den werdenden Menschen und den aufstrebenden Volksschichten die Bahn frei machen will.

Wie die Volksschullehrerschaft ihren Beruf auffaßt, zeigt sehr deutlich das Programm der in den Pfingsttagen im fernen Königsberg tagenden *deutschen Lehrerversammlung*. Die Versammlung hat drei Gegenstände auf ihre Tagesordnung gesetzt, die ebenso viele dringende Forderungen enthalten, die *einheitliche Gestaltung der unteren Stufen des Bildungswesens* durch Beseitigung der Standesschulen und Einrichtung der allgemeinen Volksschule, die *vollwertige Ausbildung des Lehrerstandes* auf der Universität und die *Befreiung der Schule von der geistlichen Aufsicht*. Die Lehrerschaft will eine Schule, in der es einen Unterschied zwischen arm und reich nicht gibt, die über pädagogisch und wissenschaftlich tüchtig geschulte Lehrkräfte verfügt, und in der nicht die Theologie, sondern die pädagogische Wissenschaft die Lehrart und den Lehrstoff bestimmt.

Welche Stellung die Lehrerschaft zu den Fragen einnimmt, die durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 13. Mai nach längerem Zurücktreten plötzlich wieder in den Vordergrund gerückt worden sind, ist damit ohne weiteres gegeben. Die Lehrer sind nicht durchweg Freunde der zwangsweisen Simultanisierung der Volksschule, es gibt sogar weite Lehrerkreise, und gerade in denjenigen deutschen Staaten, deren Schulwesen am höchsten entwickelt ist, in Thüringen und Sachsen, die auf dem Boden der konfessionellen Schule stehen. Aber diese Stellung bedeutet keine Billigung der konfessionellen Zersplitterung, die durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses heraufbeschworen wird. Wo die Bevölkerung einheitlich protestantisch oder katholisch ist, kann vom pädagogischen Standpunkte dagegen nichts eingewendet werden, daß man die Schule eine protestantische oder katholische nennt. Der Standpunkt des Abgeordneten Hackenberg, daß „der Unterricht in den Schranken der Konfession sich bewegen soll," wird damit noch keineswegs gebilligt. Die Pädagogik legt aber nachdrücklich dagegen Verwahrung ein, daß nicht Alter, geistige Entwickelung und Befähigung der Kinder den Hauptteilungsgrund für das Schulwesen abgeben soll, sondern die Konfession. Sie protestiert dagegen, daß die konfessionelle Trennung einen einheitlichen, systematischen Aufbau der Bildungsanstalten durchkreuzt, daß durch das Hineintragen konfessioneller Momente in die Bildungsstoffe, die ihrer Natur nach weder katholisch noch evangelisch oder jüdisch sind, ein Surrogat entsteht, das seinem Zwecke nicht mehr entspricht. Die Pädagogik erhebt vor allem aber dagegen Einspruch, daß durch die konfessionelle Abstempelung aller Bildungsanstalten Gegensätze in die Bevölkerung und damit in das Jugendleben, in die pädagogische Arbeit und den Lehrkörper hineingetragen werden, die das Streben nach großen, *gemeinsamen* Zielen unmöglich machen. Die *konfessionelle Schule* — und das ist der Hauptgrund, nicht das immer vorgeschützte religiöse Interesse, weswegen die reaktionären Parteien sie bis ins Extrem vertreten — *findet ihre Krone, ihre Spitze in der Kirche*. Sie ist keine Schule, in der die Pädagogik den Ton angibt, sondern die Theologie und ihre Vertreter. Seitdem auf der deutschen Lehrerversammlung in Köln das Wort geprägt worden ist: „*Die Kirche den Theologen, die Schule den Pädagogen*," ist die konfessionelle Schule, die am 13. Mai im preußischen Abgeordnetenhause auf den Schild erhoben worden ist, für den Deutschen Lehrerverein unannehmbar. An der Lehrerschaft werden schließlich die Wogen der reaktionären Schulpolitik sich brechen. Trotz aller Hemmnisse ist die Lehrerschaft eine geistige Macht, die man nicht willkürlich lahm legen kann, nach unten verwurzelt mit dem Volke, nach oben verbunden mit der Wissenschaft und in sich gefestigt durch scharf ausgeprägte Ideale von dem eigenen Werte und den Aufgaben der Schule.

Möge auch die Königsberger Tagung dazu beitragen, die Arbeiter in der Schule und die Streiter für die freie Bildung mit Geist und Kraft zu erfüllen! Die nächste Zeit wird es an Aufgaben und an Kampf nicht fehlen lassen.

* Der Führer der nationalliberalen Partei **Ernst Bassermann** zieht nun wieder in den Reichstag ein. Mit 14,412 Stimmen war er im vorigen Jahre in Karlsruhe dem Sozialdemokraten Geck unterlegen, mit 14,385 Stimmen hat er gestern in der Stichwahl in Frankfurt a. O.-Lebus über den Sozialdemokraten Braun gesiegt. Die bündlerische Sonderkandidatur des Generals v. Jagwitz hat den Sieg Bassermanns nur verzögern, nicht verhindern können. Statt in der Hauptwahl, bei der er bereits einen Vorsprung über seinen Rivalen Braun hatte, ist er jetzt in der Stichwahl gewählt worden. Offenbar haben diesmal die antisemitischbündlerischen Wähler, soweit sie sich nicht der Stimme enthielten, gleichfalls für Bassermann gestimmt; wenigstens hat er in der Stichwahl noch einen Zuwachs von etwa 2600 Stimmen erhalten. Auch der sozialdemokratische Kandidat Braun hat freilich einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, aber noch nicht um 500, nämlich von 11,407 auf 11,880 Stimmen. Man darf wohl annehmen, daß es die letzten Reserven waren, welche die Sozialdemokratie aufbieten konnte. Denn an energischer Agitation hat es die Sozialdemokratie nicht fehlen lassen, trotzdem ihr der eigene Kandidat gewiß nicht besonders sympathisch war. Gehört doch Braun zu jenen sezessionistischen Mehring-Feinden, die vor das Parteischiedsgericht gezogen wurden, und hat doch in seinem Falle, offenbar mit Rücksicht auf die Wahl, das Schiedsgericht überhaupt noch nicht gesprochen. Unter allen Umständen hat die Sozialdemokratie eine neue und recht empfindliche Schlappe erlitten, um so empfindlicher, als sie sich den Niederlagen in Zschopau-Marienberg und in Altenburg anschließt. Das bedeutet den Verlust von drei sozialdemokratischen Mandaten innerhalb weniger Monate. Aber wenn es der Sozialdemokratie ziemlich gleichgültig sein mag, ob sie nunmehr statt 81 nur noch 78 Reichstagsabgeordnete besitzt, so wird ihr der Rückgang der Stimmen, der auch in Frankfurt a. O. wieder fast 3000 beträgt, umsomehr Kopfschmerzen machen. Denn diese fortgesetzten Nackenschläge besagen mit aller Deutlichkeit, *daß die Sozialdemokratie unpopulär zu werden beginnt*. Der Dresdener Parteitag und die wüste Hetze der radikalen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie gegen das Bürgertum macht sich immer fühlbarer. Offenbar hat sich diesmal das liberale Bürgertum einmütig für den nationalliberalen Kandidaten erklärt, so schwere Bedenken auch gegen die frühere Tätigkeit Bassermanns und besonders gegen seine Rechtfertigung des Bruches der Geschäftsordnung beim Kampf um den Zolltarif sprechen mochten. Aber man wollte der Sozialdemokratie einen Denkzettel geben. Das ist vollauf gelungen. Für die Sozialdemokratie wird es, wie ihre Mißerfolge in den letzten Monaten beweisen, hohe Zeit, einmal gründlich Einkehr bei sich selbst zu halten.

* Der schon telegraphisch angekündigte **Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien in Lübeck** gewinnt durch die uns jetzt zugegangenen näheren Mitteilungen ein sympathischeres Gesicht. Wir ersehen daraus vor allem, daß die liberalen Elemente, die sich an dem antisozialistischen Kartell beteiligt haben, entschlossen sind, von ihren prinzipiellen Forderungen nichts preiszugeben. Ob nicht der Zwang der Dinge sie im weiteren Verlauf der Entwickelung auf eine schiefe Ebene drängt, diese Befürchtung läßt sich trotzdem nicht kurzer Hand abweisen. Der Verein der freisinnigen Volkspartei in Lübeck war jedenfalls vorsichtig genug, sich dem Kartell nicht anzuschließen, wenn er auch keinen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt dazu einnehmen will; der Verein will sich vorbehalten, zu den politischen Tagesfragen von Fall zu Fall Stellung zu nehmen, weil seines Erachtens jede politische Frage von allen politischen Parteien verschiedenartig beurteilt werde. An dem bürgerlichen Kartell sind also der nationalliberale Reichsverein, der Verein der Nationalsozialen und der Bund der Landwirte beteiligt. Die „Vereinigung bürgerlicher Parteien" hat sich auf folgendes Programm zusammengefunden:

„Das Vaterland über die Partei! Die Vereinigung bezweckt im Gebiet des Reichstagswahlkreises Lübeck den festen Zusammenschluß aller politischen Vereine, die gewillt sind, einzutreten für eine *nationale und wirtschaftliche Politik* auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie macht unter Hintanstellung alles dessen, was die einzelnen Parteigruppen trennt, und unter Hervorhebung aller sie verbindenden gemeinsamen Gedanken und Ziele die Rückgewinnung des Reichstagswahlkreises Lübeck für eine nationale Vertretung und die energische Bekämpfung der verhetzenden Taktik und des Terrorismus der Sozialdemokratie zu ihrer Aufgabe. Diese Ziele sucht die Vereinigung zu erreichen insbesondere durch aufklärende und belehrende Vorträge, Versammlungen und Schriften, durch praktische soziale Arbeit, durch rechtzeitige Aufstellung eines *gemeinsamen Kandidaten für die Reichstagswahlen*, der treu zu Kaiser und Reich steht und das Gemeinwohl unseres Wahlkreises energisch vertritt. Die Vereinigung will keineswegs die Bildung einer neuen Partei und lehnt es als außerhalb ihrer Zwecke stehend grundsätzlich ab, sich auf den Boden einer bestimmten Fraktion oder Parteirichtung zu stellen. Sie bewahrt und betont gegenüber allen bürgerlichen Parteigruppen *vollste Neutralität*. Die Vereinigung tritt ein: für die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation, für die Erhaltung der vollen Wehrkraft unseres Volkes zu Lande und zu Wasser, für ein wahrhaft konstitutionelles Verfassungsleben in gesichertem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung, für die Wahrung der Rechte des Volkes, insbesondere für die *Erhaltung des geheimen allgemeinen und direkten Reichstagswahlrechts* und die *Sicherung für Wahlfreiheit*, für Preß-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, für Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei, für volle Gewissens- und Religionsfreiheit, für die Förderung der Volkswohlfahrt, für Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes, für den stetigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, für Förderung einer vaterländischen Arbeiterbewegung, für die Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung der berechtigten Entwickelung *aller* Zweige des Erwerbslebens."

Pfingsten in Aranjuez.

(Von unserem Korrespondenten.)

[Nachdruck verboten.] **Aranjuez**, 19. Mai.

Ich wüßte wirklich nicht, was ein Madrider zu Pfingsten Besseres tun könnte, als nach dem etwa fünfviertel Stunden Bahnfahrt von hier entfernten Aranjuez zu fahren. Es herrscht Ende Mai hier allerdings schon eine ganz respektable Hitze, auch liegt der Staub auf den Wegen fußdick, und in den beiden Hotels läßt das Essen manches zu wünschen übrig; aber schließlich kann der Durst der von den Wintervergnügungen der Hauptstadt Ermatteten nach einem Fleckchen Grün, nach einem Blumenbeet und Blütenduft, kurz nach einem halbwegs lenzartigen Eindruck in der dürren Umgebung Madrids doch nicht anders gestillt werden als in der Oase am Tajo. Also nicht lange gezögert und die Gelegenheit benutzt! . . .

Bald rollt der Zug über den Manzanares dahin, dem die vielen Regengüsse dieses Jahres ein ganz stattliches Aussehen gegeben haben, als ob beinahe ein Nachen darauf schwimmen könnte. Man blickt zurück auf Madrid mit seinen Türmen und Kuppeln, die sich von dem schönen Hintergrund der noch vom Schnee bedeckten Sierra de Guadarrama sehr wirkungsvoll abheben, sodaß es weit reizender und idealer erscheint, als es in Wirklichkeit ist. Inzwischen taucht zur Seite ein Hügel auf, der Cerro de los Angeles, mit einem weit in der Runde sichtbaren Kirchlein auf der Spitze, das eines der zahllosen wundertätigen Heiligenbilder birgt, woran Spanien so überreich ist, und die ihm doch so wenig geholfen haben. Aber diese Kapelle hat auch noch eine andere Bedeutung; sie liegt nämlich geometrisch genau im Mittelpunkte Spaniens und ist also gewissermaßen ein Sinnbild, wohin die Kräfte des Landes noch immer gravitieren. Nach einer weiteren Viertelstunde zeigt sich Pinto mit dem alten Schloß der Herzöge von Arevalo, in dessen Turm die Prinzessin Eboli eine Zeitlang gefangen saß. Das Hügelland, durch das man rasch dahingleitet, bietet sonst wenig Interessantes. Hier und da leuchtet ein Casae de labor oder ein Schöpfbrunnen auf, der mit seinem weißgestrichenen Dach an marokkanische Heiligengräber erinnert. Erst als der Zug zuerst den Jarama, dann den Tajo überschreitet, kommt durch Fruchtgärten und prächtige Baumreihen etwas Abwechselung in das Bild. Das also sind die berühmten Esparragos- und Fresas-, die Spargel- und Erdbeerbeete, von denen um diese Jahreszeit jeder Madrider träumt. Denn man bilde sich nur nicht ein, daß ihn bei dem Namen Aranjuez wie den guten Deutschen literarische Erinnerungen oder gar Weltbeglückungsträume à la Marquis Posa umwehen! Unter den schönen Tagen von Aranjuez versteht er rein materielle Genüsse, bei denen eben Riesenschüsseln mit Spargel und den kleinen aromatischen Erdbeeren die Hauptrolle spielen.

Nicht weit vom Bahnhof stößt man gleich auf Philipps II. Schloß, dem später noch zwei Flügel hinzugefügt worden sind. Oben im Estorial war es ihm im Frühjahr offenbar noch zu kalt, weshalb er sich entschloß, nachdem er nun einmal Madrid zur Hauptstadt gemacht, hier am Ufer des Tajo, dessen grüne Fluten ausreichten, um frischen Rasen und einen kräftigen Baumwuchs hervorzubringen, einen bescheidenen Landsitz anzulegen. Denn das Palais bietet an sich nichts Bemerkenswertes; auch die Innenräume verdanken ihre Ausschmückung erst seinen Nachfolgern. Jetzt stehen sie aber ziemlich leer, denn Aranjuez ist bei der königlichen Familie in Verruf gekommen. Es soll dort angeblich bei wärmerer Witterung Malaria herrschen, obwohl mir die ältesten Bewohner versicherten, daß sie nie davon gehört. Seit Jahren hat der Hof dort nicht mehr gewohnt. Dagegen hat die weise Hofverwaltung einige . . . Kameele, wahrscheinlich ein Geschenk des Sultans von Marokko, nach Aranjuez gesandt, wo sich die armen Tiere ganz verlassen vorkommen. Man sieht, der Unterschied zwischen jetzt und einst, wo sich hier ein glänzendes Hofleben abspielte, kann nicht größer sein. Drinnen fesselt eigentlich nur der sogenannte chinesische Saal das Interesse. Seine Wände bestehen aus großen Porzellanplatten der von den Franzosen leider zerstörten Manufaktur des Buen retiro, die mit kunstvollen bunten Reliefdarstellungen aus dem chinesischen Leben bedeckt sind. Ein anderer Raum ist in maurischem Stil gehalten und zeigt in großen schönen arabischen Lettern und in unendlicher Wiederholung die vielsagenden Worte: „Gott allein ist der Sieger", ein fatalistischer Wahlspruch, bei dem sich Spanien beruhigen zu wollen scheint.

Der Fremde pflegt sich alsbald in die kühlen, stillen Laubgänge des erst von Philipp IV. angelegten, vom Tajo in weitem Bogen umflossenen „Jardin de la Isla" zu begeben und dort beim Rauschen des Wasserfalls unter den alten Bäumen zu lustwandeln in der Vermutung, daß er sich hier auf dem von der Schillerschen Dichtung verherrlichten Boden befindet, wo Don Carlos seine Geliebte als Königin und Mutter wiedersah. Aber die Gelehrten behaupten, daß zur Zeit Philipps II. nur die jetzt als Parterre bekannte Anlage bestand, die zwar der damaligen Sitte gemäß sehr hübsch abgezirkelt, aber nach unserem Geschmack doch etwas kahl und schattenlos ist. Tatsächlich erhebt sich hier zwischen Wasserbassins und Fontänen die Bildsäule des Herkules, der den Antäus niederzwingt, und zu beiden Seiten die Säulen mit der kühnen Inschrift „Plus ultra" — der Devise Karls V., die noch heute auf allen spanischen Münzen zu lesen ist, im übrigen aber wohl der Geschichte angehören dürfte. Etwas weiter stromaufwärts hat Karl III. einen neuen, ziemlich ausgedehnten Park für den damaligen Prinzen von Asturien und späteren König Karl IV. traurigen Angedenkens anlegen lassen, der „Jardin del Principe" genannt wird. Unter dem Einflusse Rousseaus stehend, wollte man